

## AUSSPRACHE

### „Konzentration der Macht“

In dem Aufsatz von *Jürgen Seifert* „Zum Begriff der Konzentration privater Wirtschaftsmacht“ (GM November 1959) wird in verdienstvoller Weise auf die zahlreichen literarischen Varianten dieses Themas und die daraus resultierenden Gefahren der Verkenning der realen Tatbestände hingewiesen. Man wird den Verdacht nicht los, daß dieser „Definitionssalat“ zum Teil bewußt herbeigeführt worden ist, um den Kampf gegen die Machtkonzentration von seinem eigentlichen Ziel abzulenken und in verschiedene Richtungen aufzusplittern. Mit Recht hat Seifert auf die Gefahren hingewiesen, die aus dem Gebrauch der Vokabel vom „Mißbrauch wirtschaftlicher Macht“ entstehen, deren Anwendung nur zu leicht von jener Tatsache ablenkt, daß *jede* private wirtschaftliche Machtkonzentration unerwünschte Konsequenzen mit sich bringt. In Ergänzung der Ausführungen Seiferts soll in diesem Zusammenhang noch auf einige besonders wichtige Punkte hingewiesen werden.

Die auch bei Seifert angeführte Erkenntnis des *Adam Smith*, daß die Konkurrenzgesellschaft von sich aus dahin tendiere, „die Konkurrenz einzuschränken“, kann gar nicht genug

betont werden. Und zur Aufrechterhaltung der Konkurrenz genügt auch nicht der literarisch sattsam bekannte „Nachtwächterstaat“, der mit „Mißbrauchsverordnungen“ u. ä. gegen die Konkurrenzbeschränkungen vorgeht. Hierdurch werden nicht einmal die Zusammenschlüsse selbständiger Unternehmen verhindert — sondern höchstens aus den öffentlichen Konferenzräumen in die Hinterzimmer verdrängt:— und schon gar nicht die durch Fusionen und Beteiligungen unauffällig vor sich gehende Ausweitung der schon vorhandenen Mammutunternehmen. Die Neukonzentration wirtschaftlicher Macht in der Bundesrepublik nach 1948 hat ein so erschreckendes Ausmaß, daß sich daneben die spärlichen Maßnahmen eines liberal sein wollenden Wirtschaftsministeriums gar nicht in ihrer Wirkung erkennen lassen. Von dieser Seite darf sich die Arbeitnehmerschaft keine Hilfe erhoffen.

Es ist eine vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, über den tatsächlichen Stand der wirtschaftlichen Konzentration in der Bundesrepublik zu informieren und unablässig auf die hieraus entspringenden Gefahren hinzuweisen. Dabei sind m. E. der „unauffälligen Machtkonzentration“ durch die Sammlung zahlreicher wichtiger Aufsichtsratsposten in wenigen Händen und der undurchsichtigen Beteiligung der Großbanken besondere Beachtung zu schenken.

In diesem mit allen ihr zustehenden Mitteln zu führenden Kampf dürfen sich die Gewerkschaften auch nicht dadurch irremachen lassen, daß in jüngster Zeit häufiger von „Machtkonzentrationen bei den Gewerkschaften“ u. ä. gesprochen wird. Die Gewerkschaften sind in sich nach einem völlig demokratischen System aufgebaut, und den gewählten Gremien bestimmte Entscheidungsbefugnisse abzusprechen, würde ähnliches bedeuten, als ob man einer Regierung die Exekutive entziehen wollte. Dagegen läßt sich aus jenem Argument ein Hinweis auf die Richtung des Kampfes gegen die wirtschaftliche Machtkonzentration gewinnen: Umwandlung der *privaten* in gesellschaftliche Konzentration — dort, wo sie technisch oder organisatorisch unvermeidlich ist — und auf demokratischem Wege erfolgende Delegation der Entscheidungsbefugnisse.

*Ilse Trautwein, Wilhelmshaven*

### „Welt im Wandel“

Es ist ein großes Unterfangen, in einem kurzen Zeitschriftenaufsatz (GM 11/1959) den Trend der „gesellschaftlichwirtschaftlichen Entwicklungsströmungen“ aufzuzeigen. Herr Dr. *Kasnacich-Schmid* hat sich diese Aufgabe gestellt, und seine Prognose ist für uns Mitteleuropäer nicht gerade tröstlich. Allein den einzelnen Thesen läßt sich manches entgegensetzen.

Bei der Skizzierung der „gigantischen Investitionsvorhaben“ zeigt sich der erste Irrtum. Der Verfasser stellt als eine der größten Schwierigkeiten der Aufschließung der unterentwickelten Länder die Aufbringung der notwendigen Geldmittel dar. Es sollte sich seit *Keynes* in der Nationalökonomie herumgesprochen haben, daß das Geld zwar in der industriellen Wirtschaft den vierten Produktionsfaktor darstellt, daß es aber — wenn nur die anderen Faktoren vorhanden sind — durch das Bankensystem beliebig vermehrbar ist.

Hier liegt die geringste Schwierigkeit. Weit- aus komplizierter ist die Umwandlung der ungelerten Landarbeitermassen in qualifizierte Industriearbeiter.

Ebensowenig kann dem Verfasser zugestimmt werden, wenn er lediglich das extrem-kapitalistische oder das extrem-kommunistische Wirtschaftssystem als für die Erschließung der unterentwickelten Länder geeignet hält. Allein die Tatsache, daß die Industrialisierung Europas und Nordamerikas unter extrem-kapitalistischen Formen und die sprunghafte Industrialisierung der Sowjetunion in einem streng geschlossenen kommunistischen System stattfanden, beweisen noch nicht, daß es nicht anders geht. Vielleicht dauert es in einem gemäßigt sozialistischen System etwas länger, dafür würde es aber sicher auch mit viel weniger Rückschlagsgefahr verbunden sein. Eine klug gesteuerte Investitionslenkung in den unterentwickelten Gebieten gemeinsam mit einem ausreichenden „Export“ von Fachkräften aus Europa und Nordamerika könnten eine schrittweise Industrialisierung gewährleisten, ohne dem größten Teil der Menschheit in diesen Ländern jene maßlosen Opfer aufzuerlegen, die ihnen sowohl das rein kapitalistische wie das streng kommunistische Wirtschaftssystem abverlangen.

Als letztes ist darauf hinzuweisen, daß Herr Dr. *Kasnacich-Schmid* zweifellos zu Recht die mangelnde „Produktion von Intelligenz“ in Europa beklagt. Hier wird allerdings der vorgeschlagene Bau von „Intelligenzfabriken“ nicht genügen. Am dringendsten notwendig ist bei uns die endliche Verwirklichung einer echten Hochschulreform unter Einbeziehung des sogenannten zweiten Bildungsweges. Last not least muß erwähnt werden, daß in der Bundesrepublik längst nicht jedem entsprechend Begabten die finanziellen Möglichkeiten für Überschule und Studium gegeben sind. Hier gilt es anzufangen!

*Elisabeth Proeller, Hamburg*